



Satzung

Sportverein Stadtwerke München e. V.

vorm. Straßenbahnsportverein

gegr. 1926

Inhalt

A) ALLGEMEINES

- § 1 Name, Sitz, Vereinsfarben, Geschäftsjahr
- § 2 Vereinszweck, Gemeinnützigkeit

B) MITGLIEDSCHAFT

- § 3 Arten der Mitgliedschaft
- § 4 Erwerb der Mitgliedschaft
- § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder
- § 6 Beendigung der Mitgliedschaft

C) VERTRETUNG UND VERWALTUNG DES VEREINS

- § 7 Organe des Vereins
- § 8 Außerordentliche Mitgliederversammlung
- § 9 Die Delegiertenversammlung
- § 10 Präsidium
- § 11 Vereinsbeirat
- § 12 Ehrenbeirat
- § 13 Hauptausschuss
- § 14 Abteilungsleitungen
- § 14a Spartenleitungen
- § 15 Abteilungsversammlungen

D) ANTRÄGE, BESCHLÜSSE UND ABSTIMMUNGEN

- § 16 Antragswesen
- § 17 Beschlüsse und Abstimmungen in Versammlungen
- § 18 Beschlüsse der Vereinsorgane

E) BEITRÄGE, ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER BUCH- UND KASSENFÜHRUNG, ORDNUNGEN

- § 19 Beiträge
- § 20 Revisoren
- § 21 Ordnungen

F) SATZUNGSÄNDERUNGEN, VEREINSAUFLÖSUNG, INKRAFTTRETEN

- § 22 Satzungsänderungen
- § 23 Auflösung des Vereins
- § 24 Inkrafttreten der Satzung

A) Allgemeines

§ 1

NAME, SITZ, VEREINSFARBEN, GESCHÄFTSJAHR

- (1) Der am 13.08.1926 gegründete Verein führt den Namen „Sportverein Stadtwerke München e.V. vormals Straßenbahnsportverein gegr. 1926“.
- (2) Er hat seinen Sitz in München und ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes München eingetragen.
- (3) Der Verein gehört dem Bayerischen Landessportverband e. V. an und erkennt dessen Satzung und Ordnungen an.
Zusätzlich kann der Verein die Mitgliedschaft in Fachverbänden erwerben.
- (4) Die Farben des Vereins sind weiß und blau.
- (5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

VEREINSZWECK, GEMEINNÜTZIGKEIT

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Er fördert den Freizeit-, den Gesundheitssport, den fach- und leistungsbezogenen Sport. Die Förderung der sportlichen Jugendhilfe ist sein besonderes Anliegen.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Der Verein ist selbstlos tätig.
Alle dem Verein zur Verfügung stehenden Mittel dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keinerlei Gewinnanteile und sonstige Zuwendungen aus Vereinsmitteln, soweit diese nicht dem Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen dienen. Keine Person darf für Ihre Tätigkeit oder Aufgabe im Verein eine unverhältnismäßig hohe Vergütung erhalten.

Personen, die sich im Ehrenamt oder nebenberuflich im Verein im **gemeinnützigen** Bereich engagieren, können im Rahmen der steuerlich zulässigen Ehrenamtspauschalen / Übungsleiterfreibeträge (§ 3 Nr. 26 a EStG) begünstigt werden.

Eine Änderung im Status der Gemeinnützigkeit zeigt der Verein dem BLSV, den Fachverbänden und dem zuständigen Finanzamt an.

- (3) Die Mitglieder haben keinen Anteil am Vereinsvermögen. Sie haben insbesondere bei ihrem Ausscheiden kein Anrecht auf Teile davon.
- (4) Der Verein verhält sich politisch und konfessionell neutral und schließt jeden Unterschied nach Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft seiner Mitglieder aus.

B) MITGLIEDSCHAFTEN

§ 3

ARTEN DER MITGLIEDSCHAFT

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in
 - a) ordentliche Mitglieder (Erwachsene über 18 Jahre),
dazu zählen auch: - Ehrenmitglieder
- fördernde Mitglieder
 - b) Jugendmitglieder (Kinder bis 14 Jahre und Jugendliche bis 18 Jahre)
- (2) Ehrenmitglieder und Ehrenpräsidenten sind Personen, die hierzu gem. Ehrenordnung wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt wurden.
- (3) Fördernde Mitglieder sind Personen, die zwar Mitgliedsbeiträge entrichten, jedoch keinerlei Leistungen des Vereins in Anspruch nehmen.
- (4) Wer Mitglied des Vereins werden will, tritt in der Regel einer Abteilung bei. Dies schließt nicht eine Aufnahme als allgemeines Vereinsmitglied aus.

§ 4

ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden. Die Zahl der Mitglieder ist unbegrenzt. Bei einzelnen Abteilungen ist jedoch eine Begrenzung der Mitgliederzahl möglich. Auf Antrag einer Abteilung entscheidet hierüber letztlich das Präsidium.
- (2) Über den schriftlichen Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft entscheidet das Präsidium nach Stellungnahme der Abteilung, der der Antragsteller beitreten will.
- (3) Bei Minderjährigen ist die schriftliche Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters erforderlich.
- (4) Die Abgabe des Aufnahmeantrages bedeutet die vorläufige Aufnahme in den Verein. Diese wird mit Aushändigung der Mitgliedskarte endgültig. Eine Ablehnung ist dem Antragsteller vom Präsidium schriftlich mitzuteilen.

§ 5

RECHTE UND PFLICHTEN DER MITGLIEDER

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, die Vereinseinrichtungen unentgeltlich zu benutzen, soweit für einzelne Einrichtungen nicht ein Sonderbeitrag oder eine Benutzungsgebühr erhoben.
- (2) Bei der Benutzung haben die Mitglieder die, von den Stadtwerken München oder einem satzungsgemäß autorisierten Vereinsorgan, erlassenen Ordnung zu beachten.
- (3) Jedes ordentliche Mitglied (§ 3 Abs. 1a) ist stimmberechtigt und wählbar.
- (4) Für die Mitglieder sind die Satzung, die Ordnungen und Beschlüsse der Organe verbindlich.
- (5) Die Mitglieder sind verpflichtet die Vereinsinteressen zu fördern und alles zu unterlassen, was dem Ansehen und dem Zweck des Vereins entgegensteht.

§ 6

BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Auflösung des Vereins.
- (2) Mit dem Ausscheiden eines Mitglieds erlöschen sämtliche Mitgliederrechte und -Pflichten, unbeschadet des Anspruchs des Vereins auf rückständige Beitrags- oder sonstige Forderungen.
- (3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft hat das Mitglied alle dem Verein gehörenden Gegenstände, die es in Besitz hat, herauszugeben.
- (4) Der Austritt aus dem Verein ist schriftlich, unter gleichzeitiger Rückgabe des Mitgliedsausweises, bei der Geschäftsstelle mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Jahresende zu erklären.
- (5) Bleibt ein Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit seiner Beitragszahlung für ein Kalenderhalbjahr oder mehr im Rückstand, kann das Präsidium auf Antrag der Abteilung die Streichung in der Mitgliederliste vornehmen.
Berufung hiergegen ist innerhalb von 8 Wochen an den Hauptausschuss zulässig, wenn die rückständigen Beiträge nachgezahlt werden.
- (6) Der Ausschluss aus dem Verein erfolgt durch Beschluss des Hauptausschusses:
 - a) bei Nichterfüllung satzungsmäßiger Verpflichtungen oder Missachtung von Anordnungen der Organe des Vereins;
 - b) bei schwerem Verstoß gegen die Interessen des Vereins oder bei grobem unsportlichen Verhalten;
 - c) bei unehrenhaftem Verhalten.Für den Ausschließungsbeschluss ist Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen des Hauptausschusses erforderlich.
- (7) Gegen den Beschluss des Hauptausschusses steht dem Mitglied das Recht des Einspruchs an das Präsidium zu. Der Einspruch muss schriftlich begründet innerhalb einer Frist von 1 Monat, ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses, beim Präsidium eingelegt werden. Über die Berufung entscheiden das Präsidium und der Ehrenbeirat gemeinsam (Zweidrittelmehrheit). Diese Entscheidung ist endgültig.
- (8) Das betroffene Vereinsmitglied ist per Zustellungsnachweis über alle Beschlüsse in Kenntnis zu setzen.

C) VERTRETUNG UND VERWALTUNG DES VEREINS

§ 7

ORGANE DES VEREINS

Die Organe des Vereins sind:

- a) die außerordentliche Mitgliederversammlung
- b) die Delegiertenversammlung
- c) das Präsidium
- d) der Vereinsbeirat
- e) der Ehrenbeirat
- f) der Hauptausschuss
- g) die Abteilungs- / Spartenversammlung
- h) die Abteilungs- / Spartenleitungen

§ 8

DIE AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

- (1) Die außerordentliche Mitgliederversammlung ist das oberste beschließende Organ des Vereins. Jedes Mitglied des Vereins kann daran teilnehmen.
- (2) An die Stelle einer ordentlichen Mitgliederversammlung tritt die Delegiertenversammlung.
- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist innerhalb einer Frist von 3 Wochen mit entsprechender Tagesordnung einzuberufen, wenn es
 - a) das Präsidium oder der Hauptausschuss beschließt;
 - b) ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe und des Zwecks beim Präsidium beantragt hat. In diesem Fall muss die außerordentliche Mitgliederversammlung innerhalb von 6 Wochen stattfinden.
- (4) Die außerordentliche Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

§ 9

DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG

- (1) Die Delegiertenversammlung tritt an die Stelle der ordentlichen Mitgliederversammlung und ist daher das oberste beschließende Organ des Vereins.
- (2) Die Delegiertenversammlung setzt sich zusammen aus:
 - a) den Mitgliedern des Präsidiums
 - b) den Abteilungsleitern
 - c) den Mitgliedern des Vereinsbeirates
 - d) den Mitgliedern des Ehrenbeirates
 - e) den Ehrenpräsidenten
 - f) den Revisoren (Hauptrevisor und Stellvertreter)
 - g) den Abteilungsdelegierten
- (3)
 - a) Jede Abteilung hat – im Rahmen ihrer ordentlichen Abteilungsversammlung – aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder je angefangene 25 Mitglieder einen Delegierten nach Abs. 2 Buchst. g zu wählen und dem Präsidium namentlich zu melden; Ersatzdelegierte können in ebensolcher Anzahl gewählt werden. Bei einer Mitgliederzahl bis 25 sind 2 Delegierte zu wählen.
 - b) Die Fußballabteilung legt die Anzahl der Delegierten aus den einzelnen Sparten fest.
 - c) Der Berechnungsschlüssel von derzeit einem Delegierten pro angefangene 25 Mitglieder kann ohne Satzungsänderung durch einfachen Mehrheitsbeschluss der Delegiertenversammlung geändert werden.
 - d) Berechnungsgrundlage ist die zum 31. Dezember des Vorjahres ermittelte Zahl aller Mitglieder.
 - e) Funktionäre nach Abs. 2 Buchstaben a) mit f) bleiben unberücksichtigt (Ausschluss der Personalunion)
- (4) Die Delegiertenversammlung findet jährlich in der ersten Jahreshälfte statt. Die Einberufung erfolgt vom Präsidium durch Aushang an den hierfür vorgesehenen Stellen der Sportanlage an der Lauensteinstraße 9 und persönlich für alle gemäß Abs. 2 mindestens 3 Wochen vor dem Versammlungstermin. Mit der Einladung sind gleichzeitig die Tagesordnung sowie evtl. Anträge bekannt zu geben.
- (5) Die Delegiertenversammlung beschließt über alle Punkte, die Gegenstand der Tagesordnung sind.
Sie wählt für jeweils 2 Jahre das Präsidium, die Revisoren und die Mitglieder des Ehrenbeirates.
- (6) Die Delegiertenversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Delegierten beschlussfähig.
- (7) Jedes Vereinsmitglied kann ohne Stimmrecht an der Versammlung teilnehmen.

§ 10

DAS PRÄSIDIUM

- (8) Das Präsidium besteht aus:
- a) dem Präsidenten
 - b) den 3 Vizepräsidenten
 - c) dem Sportreferenten
 - d) dem Pressereferenten
 - e) dem Geschäftsführer
- Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Präsidenten allein oder durch zwei Präsidiumsmitglieder gemeinsam vertreten (Vorstand im Sinne des § 26 BGB). Im Innenverhältnis zum Verein gilt, dass die Präsidiumsmitglieder nur im Falle der Verhinderung des Präsidenten zur Vertretung berechtigt sind.
- (2) Dem Präsidium obliegt die Leitung des Vereins. Es ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch Satzung oder Ordnungen einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
- (3) Das Präsidium kann an allen Sitzungen der Organe beratend teilnehmen.
- (4) Die Mitglieder des Präsidiums werden von der Delegiertenversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.
- (5) Scheidet ein gewähltes Mitglied des Präsidiums vor Ablauf der Frist aus, so kann das Präsidium durch eine Delegiertenversammlung per Zuwahl ergänzt werden; die Aufgaben können aber auch durch den Hauptausschuss auf andere Präsidiums- oder Vereinsmitglieder für den Rest der Amtszeit übertragen werden, wenn die Vereinsinteressen dies erfordern.

§ 11

DER VEREINSBEIRAT

- (1) Der Vereinsbeirat hat die Aufgabe, den Verein sachkundig zu beraten und zu unterstützen. Er besteht aus höchstens 9 Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder des Vereinsbeirates werden durch den Hauptausschuss für die Dauer der Amtszeit des Präsidiums berufen (z.B. aus Mitgliedern der Personalvertretung, aus aktiven oder ehemaligen Angehörigen der Stadtwerke/Stadtverwaltung München o.ä., die Mitglieder des Vereins sind).
- (3) Der Vereinsbeirat wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

§ 12

DER EHRENBEIRAT

- (1) Der Ehrenbeirat besteht aus 5 Mitgliedern.
- (2) Der Ehrenbeirat wird für 2 Jahre von der Delegiertenversammlung gewählt.
- (3) Wählbar sind Vereinsmitglieder mit mindestens zehnjähriger Vereinszugehörigkeit und einem Mindestalter von 40 Jahren.
Sie können nicht gleichzeitig Mitglieder des Vereinsbeirats sein.
- (4) Der Ehrenbeirat hat folgende Aufgaben:
 - Mitwirkung beim Vollzug der Ehrenordnung (s. dort Buchst. c, e und f)
 - Betreuung der Altmitglieder
 - Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb des Vereins. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Hauptausschuss.
- (5) Der Ehrenbeirat ist bei Anwesenheit von 3 Mitgliedern beschlussfähig. In diesem Fall ist bei einer Beschlussfassung Einstimmigkeit erforderlich.
- (6) Der Ehrenbeirat wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

§ 13

DER HAUPTAUSSCHUSS

- (1) Der Hauptausschuss besteht aus:
 - a) dem Präsidium
 - b) den Vertretern der Abteilungen (je angefangene 300 Mitglieder 1 Vertreter)
 - c) den Mitgliedern des Vereinsbeirates
 - d) den Mitgliedern des Ehrenbeirates
 - e) den Revisoren (beratend);
- (2) Der Hauptausschuss ist in allen Vereinsangelegenheiten beschlussfassendes Organ, soweit die Beschlussfassung nach den Bestimmungen dieser Satzung nicht anderen Organen übertragen ist.
Alle Mitglieder des Hauptausschusses (mit Ausnahme der Revisoren) sind stimmberechtigt.
- (3) Der Hauptausschuss kann Ordnungen wie Geschäfts-, Finanz-, Jugend-, Ehren- und Rechtsordnung erlassen.

- (4) Der Hauptausschuss ist in der Regel vom Präsidium einmal im Kalendervierteljahr einzuberufen.

§ 14

DIE ABTEILUNGSLEITUNGEN

- (1) Die Abteilungsleitung besteht aus:
- a) Abteilungsleiter
 - b) Stellvertretender Abteilungsleiter
 - c) Schriftführer
 - d) Kassier
- Die weitere Zusammensetzung kann den besonderen sachlichen Gegebenheiten der einzelnen Sparten angepasst werden.
- (2) Die Abteilungsleitung ist verpflichtet, alle über den üblichen Sportbetrieb hinausgehenden Veranstaltungen der Abteilung rechtzeitig vorher dem Präsidium bekannt zu geben.

§ 14a

DIE SPARTENLEITUNGEN

Für die Sparten, als selbstständige Organisationseinheiten einer Abteilung, gelten sinngemäß die Bestimmungen für die Abteilungen.

§ 15

DIE ABTEILUNGSVERSAMMLUNGEN

- (1) Die Abteilungen haben das Recht und auf Antrag des Präsidiums die Pflicht, Abteilungsversammlungen einzuberufen. Die Anberaumung jeder Versammlung ist dem Präsidium des Vereins rechtzeitig mitzuteilen. Die Mitglieder des Präsidiums sind berechtigt, diesen Versammlungen beizuwohnen. Sie haben jedoch kein Stimmrecht.

Die Abteilungsleitung kann in der Abteilungsversammlung einzelne die Abteilung betreffende Angelegenheiten zur Diskussion zu stellen und ggf. einen Beschluss zur Abstimmung herbeiführen.

Die Abteilungen sind verpflichtet, vor jeder ordentlichen Delegiertenversammlung ihre ordentliche Abteilungsversammlung durchzuführen und das Ergebnis dem Präsidium des Vereins schriftlich mitzuteilen.

- (2) An der Abteilungsversammlung können alle Mitglieder der Abteilung teilnehmen. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder.
- (3) Die Abteilungsversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (4) Die Mitglieder der Abteilungsleitung sind in der ordentlichen Abteilungshauptversammlung für die Dauer von 2 Jahren zu wählen. Scheidet ein gewähltes Mitglied vor Ablauf der Frist aus, so kann durch eine außerordentliche Abteilungsversammlung die Abteilungsleitung durch Zuwahl ergänzt werden. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds der Abteilungsleitung können dessen Aufgaben durch die Abteilungsleitung aber auch auf andere Mitglieder der Abteilungsleitung übertragen werden, wenn die Vereinsinteressen dies erfordern.
- (5) Die Abteilungsversammlung hat ihre Delegierten gem. § 9 (3) zu wählen. Ersatzdelegierte können in gleicher Anzahl gewählt werden; diese treten im Verhinderungsfalle in die Rechte der ordentlichen Delegierten ein.

§ 16

ANTRÄGE

- (1) Jedes ordentliche Mitglied hat im Rahmen der Satzung bzw. Ordnungen ein unmittelbares Antragsrecht.
- (2) Anträge bedürfen grundsätzlich der Schriftform. Sie sind rechtzeitig (mindestens 7 Tage vor Versammlungs- / Sitzungsterminen) dem zuständigen (beschließenden) Organ zuzuleiten.
Anträge zur Delegiertenversammlung sind beim Präsidium einzureichen.
- (3) Dringlichkeitsanträge können nur nach Zweidrittelmehrheitsbeschluss behandelt werden.
- (4) Jeder ordnungsgemäße Antrag ist beschlussmäßig zu behandeln.

§ 17

BESCHLÜSSE / ABSTIMMUNGEN IN VERSAMMLUNGEN

- (1) Alle Abstimmungen sind offen und geschehen durch Handaufheben; geheime Abstimmungen finden außer im Falle des Satzes 2 nur statt, wenn ein stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt und die Mehrheit der abgegebenen Stimmen diesem Antrag zustimmt.
Falls ein zur Wahl vorgeschlagenes Mitglied dies wünscht, ist in jedem Fall über diese Wahl geheim abzustimmen.
- (2) Stimmenenthaltung ist statthaft; ungültige Stimmen gelten als nicht abgegeben.
Das Abstimmungsergebnis ist durch Zählung nach den Kriterien „pro, contra, Enthaltung“ zu ermitteln und im Protokoll festzuhalten.
Die Zählung wird vom Versammlungsleiter oder von ihm bestimmten Zählern bzw. vom Wahlausschuss – im Falle von Wahlen – vorgenommen.
- (3) Bei allen Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
Bei Stimmengleichheit anlässlich von Wahlen ist eine Stichwahl durchzuführen, in allen anderen Fällen ist sie als Ablehnung zu werten.
- (4) Stimmabgabe für Abwesende ist unstatthaft. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat nur eine Stimme, deren Übertragung nicht zulässig ist.

§ 18

BESCHLÜSSE DER VEREINSORGANE

- (1) Sofern diese Satzung nicht anderes bestimmt sind die Vereinsorgane beschlussfähig, wenn die Mitglieder eingeladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.
Kommt eine Beschlussfähigkeit nicht zustande, so wird diese durch eine nochmalige Einladung hergestellt.
- (2) Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu führen, durch das die gefassten Beschlüsse zu beurkunden sind. Es muss in der nächsten Sitzung genehmigt werden.
- (3) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der Sitzung.

- (4) Zu den Sitzungen der Vereinsorgane sind die Teilnehmer grundsätzlich mindestens sechs Tage vorher und nach Möglichkeit schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.

E) BEITRÄGE; ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER BUCH- UND KASSENFÜHRUNG

§ 19

BEITRÄGE

- (1) Jedes Mitglied hat während der Dauer der Mitgliedschaft einen regelmäßigen Vereinsbeitrag zu entrichten.
- (2) Über die Höhe der regelmäßigen Vereinsgrundbeiträge entscheidet der Hauptausschuss mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (3) Im Einvernehmen mit dem Präsidium und den Revisoren können die Abteilungen über den regelmäßigen Vereinsgrundbeitrag hinaus abteilungsspezifische Aufnahmegebühren und Abteilungsbeiträge erheben, deren Höhe von den Abteilungsversammlungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen festgelegt wird.
- (4) Die Mitgliedsbeiträge sind ausnahmslos als Jahresbeiträge zu entrichten; sie sind mit Beginn des Geschäftsjahres oder dem Beginn der Mitgliedschaft fällig.
Ein Rückerstattungsanspruch, bei Beendigung der Mitgliedschaft vor Ablauf des Geschäftsjahres, besteht grundsätzlich nicht.

§ 20

REVISOREN

- (1) Die Revisoren prüfen die Ordnungsmäßigkeit der Buch- und Kassenführung des gesamten Vereins. Sie erarbeiten Empfehlungen zur Kosteneinsparung. Die Prüfungen können jeweils innerhalb angemessener, übersehbarer Zeiträume während und müssen zum Ende des Geschäftsjahres stattfinden. Jede Prüfung ist unterschriftlich zu bestätigen.

Beanstandungen müssen dem Präsidium und den betroffenen Stellen in schriftlicher Form mitgeteilt werden.

- (2) Von der Delegiertenversammlung werden die Revisoren für die Dauer von 2 Jahren gewählt (Hauptrevisor und Stellvertreter).
- (3) Die Revisoren legen der Delegiertenversammlung und den einzelnen Abteilungsversammlungen jährlich einen Bericht vor. Zu den Abteilungsversammlungen sind sie rechtzeitig einzuladen.
- (4) Die Revisoren dürfen zwar keine Funktion im Präsidium ausüben, nehmen jedoch an dessen Sitzungen beratend teil.
- (5) Scheidet ein Revisor vorzeitig aus seinem Amt aus, so werden dessen Aufgaben für den Rest der Amtszeit durch dem Hauptausschuss einem ordentlichen Mitglied des Vereins übertragen.

§ 21

ORDNUNGEN

Für Ehrungen ist die Ehrenordnung maßgebend.

F) SATZUNGSÄNDERUNGEN; VEREINSAUFLÖSUNG; INKRAFTTRETEN

§ 22

SATZUNGSÄNDERUNGEN

Satzungsänderungen können nur mit Zustimmung von drei Vierteln der Erschienenen einer ordentlichen bzw. außerordentlichen Delegiertenversammlung oder zwei Dritteln der Erschienenen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.

§ 23

AUFLÖSUNG DES VEREINS

Die Auflösung des Vereins oder eine Änderung seines Zwecks kann nur in einer eigens dafür und unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. In dieser Versammlung müssen vier Fünftel der ordentlichen Mitglieder anwesend sein. Zur Beschlussfassung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig. Kommt eine Beschlussfassung nicht zustande, so ist innerhalb von 14 Tagen eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Darauf ist bei der Einberufung hinzuweisen.

In der gleichen Versammlung haben die Mitglieder die Liquidatoren zu bestellen, die dann die laufenden Geschäfte abwickeln und das vorhandene Vereinsinventar in Geld umzusetzen haben.

Das nach Auflösung / Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zweckes verbleibende Vermögen ist den Stadtwerken München mit der Maßgabe zu überweisen, es wiederum unmittelbar für gemeinnützige Zwecke im Sinne der Satzung zu verwenden.

Beschlüsse über die Auflösung des Vereins sind dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen.

§ 24

INKRAFTTRETEN DER SATZUNG

Diese Satzung wurde von der Delegiertenversammlung am 19. März 2009 genehmigt. Sie tritt mit dem Tage der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Gleichzeitig verliert die Satzung vom 28.04.1992 ihre Gültigkeit.

München , 20.März 2009



.....
Reinhold Behringer
Präsident

Vorstehende Satzung ist nach Genehmigung durch das Amtsgericht München - Registergericht –
(Aktenzeichen: VR 2713)
am 30.März 2009 in Kraft getreten.